

Liebe DemonstrantInnen, liebe KämpferInnen für die Gleichbehandlung,

ich soll von den Grünen Landtagsabgeordneten Gisela Splett und Renate Rastätter grüßen. Beide sind heute in Biblis demonstrieren. Auch wir in Karlsruhe haben Grund zum Demonstrieren, und auch hier geht es um eine ideologische Altlast: Die unterschiedliche Behandlung von gleichgeschlechtlichen und gegengeschlechtlichen Paaren.

Die Zeiten der Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen sind leider noch immer nicht gänzlich vorbei. Auch wenn in den letzten 10 Jahren rechtlich viel erreicht wurde, ist es leider nicht genug. Unterschiedliche Behandlung bei den Rechten, wo es bei den Pflichten keine Unterschiede gibt, ist und bleibt Diskriminierung. Erbschaftsrecht, Steuerrecht, Adoptionsrecht, sind drei Schlagworte die deutlich machen, dass die vermeintliche Gleichstellung nur eine Gleichstellung light ist. Die letzten notwendigen Schritte zur Gleichstellung sind mehr als überfällig. Es ist Zeit die letzten Mauern einer Zeit einzureißen, in der Menschen wegen ihrer sexuellen Identität Nachteile erdulden mussten.

Den schwarzgelben Gleichberechtigungsverweigerern auf Bundes- und Landesebene gehen auch so langsam die Ausreden aus. Das ständig sich wiederholende Sprüchlein vom verfassungsgemäßen Abstandsgebot von Lebenspartnerschaft und Ehe ist kein Gassenhauer mehr.

Vielmehr haben die Karlsruher Richter am Bundesverfassungsgericht in vielen Einzelfragen schon dieser willkürlichen Barriere eine Absage erteilt und sich als gesellschaftsprogressive Instanz erwiesen. Keinem Ehepaar ginge irgendetwas verloren, wenn ein lesbisches Paar oder ein schwules Paar die gleichen Rechte hätte. Auf den Inhalt kommt es an und der muss sein: Gleiche Liebe - Gleiche Rechte.

Die Frage nach Gleichberechtigung erschöpft sich aber auf Bundesebene nicht in der Frage der Lebenspartnerschaft. Wie sieht es denn aus mit der Aushöhlung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz bei sogenannten Tendenzbetrieben, also Institutionen wie den Kirchen aus. Die haben auch heute noch das Recht, einen Arbeitnehmer zu entlassen, weil er oder sie jemanden des gleichen Geschlechtes liebt und sich dazu bekennt. Zumindest da, wo der Staat und damit auch die BürgerInnen für den Lohn aufkommen, wie in Krankenhäusern und Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft, sollten die Antidiskriminierungsbestimmungen ohne Ausnahme angewandt werden. Es ist nicht zu vermitteln, warum hier Unterschiede gemacht werden.

Wenn ihr dachtet, rückwärtsgewandter als bei der Unionsgeführten Bundesregierung geht es nicht mehr, dann muss ich euch sagen: Leider doch!

Kennt ihr den selbsternannten Retter des Konservatismus, Stefan Mappus?

Der ist nun seit diesem Jahr unser Ministerpräsident und einer der stärksten Befürworter der sogenannten Länderöffnungsklausel im Lebenspartnerschaftsgesetz. Die Klausel die verfügt, dass Landratsämter und untere Verwaltungsbehörden, nicht aber Landesbeamten das Eingehen einer Lebenspartnerschaft begleiten dürfen. In allen Bundesländern ist genau wie bei der klassischen Ehe das Standesamt zuständig. Nur Baden-Württemberg kocht da ein ganz eigenes, bitteres Süppchen.

Aus Angst, sein Wählerpotential am konservativen Rand zu verlieren, hat Mappus ein System geschaffen, das Baden-Württembergs Lesben und Schwule deutlich schlechter stellt als in den meisten Bundesländern.

Einen Landesvater, der sich derart gegen die eigenen BürgerInnen einsetzt, wünscht man sich wirklich nicht.

Jener Stefan Mappus sagte 2005 über den CSD, er und 90 Prozent der CDU-Fraktion habe ein Problem „mit dem frivolen, karnevalesken Zurschaustellen von sexuellen Neigungen, wie es bei dieser Veranstaltung geschieht.“ 2009 sagte er zur Forderung eines Adoptionsrecht für Homo-Paare: „Kinder sind denkbar ungeeignet für Experimente im Bereich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und bedürfen dem besonderen Schutz der Gesellschaft“.

Herr Mappus ich sage Ihnen: Die Schwulen und Lesben Baden-Württembergs und mit Ihnen alle Menschen, die sich für die Rechte von Schwulen und Lesben einsetzen, sind zu schade für ihre durchsichtigen Manöver zur Reaktivierung des von Ihnen so geschätzten konservativen Wählerpotentials. Wer mit solchen Worten Stimmung macht, dem muss ich vorwerfen, dass er bewusst auf Kosten Minderheit seinen eigenen Vorteil sucht, und so etwas ist eines Ministerpräsidenten nicht würdig. Ich kann Ihnen aber versichern, die Schwulen und Lesben sind nicht in der Minderheit, den viele Menschen stehen Ihnen in Ihrem Kampf um Gleichberechtigung bei. Sie werden sehen und - da soll man ja die Hoffnung nie aufgeben – vielleicht sogar irgendwann verstehen: Wir werden in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis kämpfen um unserer Recht behandelt zu werden wie Heterosexuelle auch und ich wage die Prognose Ihnen geht die Puste früher aus.

Ich freue mich sehr über diese Demonstration, denn sie ist der Beweis, dass wir Schwulen und Lesben auch nicht vorhaben, uns von Oberbürgermeister Fenrich unterkriegen zu lassen. Ich selbst wurde 2006 in Karlsruhe verpartnert und habe schon damals nicht verstanden, warum ich nicht ins Haus Solms bzw. nicht aufs Standesamt durfte. Ich konnte auch den Menschen, die sich mit mir auf den Tag freuten, nicht logisch erklären, was denn an einer Verbindung zwischen zwei Partnern gleichen Geschlechts schlechter sein soll als an einer zwischen Mann und Frau. Es kommt doch darauf an das hier zwei Menschen für einander eintreten wollen.

Auch viele Jahre später bin ich noch nicht hinter Herrn Fenrichs Geheimnis gekommen, und so kann ich nicht mehr ausschließen, dass Herr Fenrich ohne Grund die BürgerInnen Karlsruhes in verschiedene Klassen einteilt. Auf der einen Seite diese, denen er den Zutritt zum Haus Solms gestattet und auf der anderen Seite jene, denen er allein das Zutrittsrecht verweigert.

Einige von euch waren ja bei der Gemeinderatssitzung dabei.

Ein derart undemokratisches, trotziges Verhalten hätte ich selbst in meiner schlimmsten Vorstellung nicht erwartet. Da sitzt der OB und versteckt sich hinter einem Schriftstück der Landesregierung und lautem Gezeter, er wisse nicht, was eine Empfehlung sein soll.

Das kann er zwar machen, dann muss er aber zugeben, dass er keine Lust hat, etwas für die schwulen und lesbischen BürgerInnen dieser Stadt zu tun. Da hilft es auch nicht das Grußwort zu "Schrill im April" zu schreiben und auf gut Wetter zu machen. Die Wahrheit ist: Heinz Fenrich hat die Wahl. Er kann das Haus Solms als Ort für Verpartnerungen öffnen, und er kann es allein entscheiden.

Und so fordere ich Ihn auf: Herr Fenrich, machen Sie die Augen auf, sehen Sie, dass ihre Position eine absolute Minderheitenposition in Karlsruhe ist. Hier geht es um Menschen, denen Sie im Rahmen ihrer Aufgabe als Oberbürgermeister genauso verpflichtet sind wie den heterosexuellen BürgerInnen dieser Stadt. Geben Sie die Blockade auf und lassen sie Verpartnerungen im Haus Solms zu. Für ein Einsehen ist es nie zu spät.